

Hochschulreformen

Eine unendliche Geschichte
seit den 1950er Jahren

George Turner



Duncker & Humblot · Berlin

GEORGE TURNER

Hochschulreformen

Hochschulreformen

Eine unendliche Geschichte
seit den 1950er Jahren

Von

George Turner



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2018 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISBN 978-3-428-15424-1 (Print)
ISBN 978-3-428-55424-9 (E-Book)
ISBN 978-3-428-85424-0 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

„Kaum eine Landesregierung kann der Versuchung widerstehen, nach jeder Wahl das geltende Hochschulgesetz zu novellieren. So entsteht ein verwirrender Zickzack-Kurs.“

George Turner

Vorwort

Mit der Veröffentlichung „Hochschule zwischen Vorstellung und Wirklichkeit“, erschienen im Jahr 2001, habe ich den Versuch unternommen, die Geschichte der Hochschulreform im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts darzustellen. Inzwischen sind mehr als 17 Jahre vergangen und neue Begriffe wie „Bologna“ und „Exzellenzinitiative“ beschäftigen die Fachleute und erhitzen die Gemüter. Deshalb war eine Fortschreibung angebracht.

Der vorliegende Band geht über eine Überarbeitung als 2. Auflage hinaus. Die Gliederung folgt anderen Kriterien. Auch in dem neuen Titel kommt die Eigenständigkeit zum Ausdruck. Die Entwicklung des Hochschulwesens bis zum Jahr 2000 in sehr detaillierter Form wird nicht in gleicher Weise fortgesetzt. Dies schien für die Anfänge geboten, um die Art der Auseinandersetzung, aber auch das Bemühen vieler Akteure um Lösungen deutlich zu machen. Für die Zeit nach der Jahrtausendwende wird nur versucht, die wesentlichen Linien und Entscheidungsalternativen darzustellen, um den Text nicht mit zu vielen Einzelheiten zu befrachten.

Es bestand nicht die Absicht, ein Handbuch zu verfassen, das alle Erscheinungen des Hochschulwesens darstellt. Vielmehr soll gezeigt werden, wie wechselhaft Hochschulpolitik war und ist und wie wenig feste Grundlagen als allgemein verbindlich anerkannt sind. Manches scheint, chronologisch dargestellt, womöglich zu sehr aus der seinerzeitigen Perspektive betrachtet. So finden viele Personen Erwähnung, die keine dauerhaften Spuren in der Bildungspolitik hinterlassen haben. Das entspricht dem Anliegen, die Irrungen und Wirrungen in der deutschen Hochschulpolitik offen zu legen. Hier kam es darauf an zu zeigen, was zu den verschiedenen Zeiten als wichtig empfunden wurde. Insofern ist es weiter eine „Geschichte der Hochschulreform“. Dazu findet sich ansonsten kaum etwas in der Literatur. Es soll auch erklärt werden, was die Öffentlichkeit erreicht hat und wie vieles davon zu relativieren ist. Daraus kann die Erkenntnis gewonnen werden, dass auch heute vehement diskutierte Themen schnell erledigt sein können: ein Beleg für die Aussage, dass zu viele Moden oder Gags eine Rolle spielen und es an einem „Hauptnenner“ in der Hochschulpolitik fehlt.

Die Debatte um eine Reform der Universitäten begann schon bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Ende der 1960er wurde Hochschulpolitik ein zentrales Thema der Politik. Seit über 50 Jahren wird an den Hochschulen reformiert, die Reform korrigiert, diese erneut novelliert, wieder reformiert, usw. Die Hochschulen und ihre Mitglieder sind permanent Änderungen, politischen Modeerscheinungen und parteigefärbten Eintagsfliegen und damit ständig wechselnden Vorgaben unterworfen. Im Allgemeinen fühlt sich jede Landesregierung bemüßigt, zu Beginn einer Le-

gislaturperiode zunächst einmal das Hochschulrecht in mehr oder weniger grundsätzlichen Punkten zu novellieren. Dabei gibt es erhebliche Unterschiede in der Ausgestaltung. Das kann nicht verwundern, wenn man bedenkt, wer alles Interesse am tertiären Bildungsbereich hat und dies auch lautstark kund tut: Parteien, Bundes- und Länderministerien, Fraktionen und Ausschüsse in den Parlamenten, Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat, Rektorenkonferenz, Rechnungshöfe und Interessenverbände aller Art wie Hochschul- und Lehrerverbände, Organisationen der Wirtschaft, Gewerkschaften usw. usw. Das lässt erkennen, welche unterschiedlichen Vorstellungen und Forderungen an den Gesetzgeber gestellt werden und welchen zentrifugalen Kräften die Hochschulen ausgesetzt sind. Ein Manko bei Novellierungen ist oft, dass nur ein gesondertes Problem gelöst wird, ohne dass Folgen und Nebenwirkungen in verschiedenen Bereichen bedacht werden. Das ist bei fast allen Gegenständen von Reformen zu beobachten. Um solche Zusammenhänge zu verdeutlichen, sind inhaltliche Wiederholungen im Text gelegentlich unvermeidbar.

Die Gründe für ein breites Interesse der Öffentlichkeit an den Hochschulen liegen auch darin, dass die Zahl der Studierenden an der gleichaltrigen Bevölkerung innerhalb von etwas mehr als 50 Jahren von 300 Tsd. auf rund 2,85 Mill. bzw. von 5 % auf über 50 % der relevanten Altersgruppe gestiegen ist und damit viel größere Bevölkerungskreise an dem Anteil nehmen, was an den Hochschulen geschieht. Wer den Zick-Zack-Kurs der Hochschulpolitik begreifen, wer manche Ungereimtheiten verstehen will, die das Ergebnis von Kompromissen waren, wer sich ein eigenes Urteil über die vielfältigen Aspekte der Hochschulpolitik bilden möchte, kann das nur, wenn er die unterschiedlichen Interessenlagen in dem Gewirr von Entwürfen erkennt und dabei die eigentlichen Aufgaben der Hochschule nicht aus dem Blick verliert.

Der Autor ist seit Mitte der 1960er in verschiedenen Funktionen mit Problemen des Hochschulwesens befasst. Dies hat zu einer großen Zahl schriftlicher Äußerungen geführt, auf die in den Fußnoten hingewiesen wird. Insoweit ist der vorgelegte Band auch eine Art persönlicher Rechenschaftslegung.

Herrn Dr. Stefan, Kaufmann, MdB, und Frau Brigitte Goebbels-Dreyling, stellvertretende Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz, danke ich für mannigfache sachliche Anregungen und Hinweise, meiner Frau Edda für die Durchsicht des Manuskripts und Unterstützung bei der Anlage der Register.

Berlin, im Januar 2018

George Turner

Inhaltsübersicht

A. Zur Entwicklung des Hochschulwesens in Deutschland	17
I. Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg	17
II. Die „goldenen“ Fünfzigerjahre	19
III. Die Ausbildungsrevolution	21
IV. Vom Reformkonsens zur Konfrontation	30
V. Stabilitätspolitik und Ernüchterung	33
B. Die Reformprojekte – Gegenstände der Hochschulpolitik	37
I. Ausbau der Hochschulen	38
II. Neuordnung	51
III. Schule – Studium – Beruf	89
IV. Das Verhältnis von Staat und Hochschulen	212
V. Wettbewerb	240
VI. Struktur des tertiären Bereichs	317
C. Ergebnis: Perspektive	341
I. Universität der Zukunft	341
II. Hierarchisierung	342
III. Anfälligkeit für Reformen	344
Literatur- und Quellenverzeichnis	346
Personenverzeichnis	365
Stichwortverzeichnis	368

Inhaltsverzeichnis

A. Zur Entwicklung des Hochschulwesens in Deutschland	17
I. Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg	17
II. Die „goldenen“ Fünfzigerjahre	19
III. Die Ausbildungsrevolution	21
1. Bildungsnotstand	21
2. „1968“	23
a) Die Bewegung	24
b) Wirkungen	28
IV. Vom Reformkonsens zur Konfrontation	30
V. Stabilitätspolitik und Ernüchterung	33
B. Die Reformprojekte – Gegenstände der Hochschulpolitik	37
I. Ausbau der Hochschulen	38
1. Chancengleichheit	39
a) Quantitative Aspekte	40
b) „Bildung“	41
2. Öffnung der Hochschulen	42
3. Bewältigung der Überlast	45
4. Die „Pakte“	49
II. Neuordnung	51
1. Gruppenuniversität	51
a) Demokratisierung	51
b) Drittelparität	55
c) Grenzen der Mitbestimmung	61
d) Leitungsstruktur	65
aa) Professionalisierung	65
(1) Rektorats-/Präsidialverfassung	65
(2) Kollegiale Leitung	69
(3) Schranken einerseits, fehlende Orientierung andererseits	71
(4) Prämierung	74
bb) Hochschulräte	75
e) Bilanz	80
2. Mandat der verfassten Studentenschaft	84
3. Ordnungsrecht	86

III. Schule – Studium – Beruf	89
1. Oberstufenreform	89
a) Abschaffung der Gliederung nach Schultypen/Kurssystem	90
b) Studierfähigkeit	92
c) Ringen um Reform der Reform	93
d) „Baustelle“ Gymnasium	98
2. Dauer der Schulzeit	102
a) Die „neuen Bundesländer“ als Impulsgeber	102
b) Bedenken aus unterschiedlichen Interessen	106
c) Kompromissvorschläge	107
d) „Zurück auf Los“	109
3. Zulassungsbeschränkungen	111
a) Bedarf an Studienplätzen	111
b) Bürokratische Regelungen	113
c) Eingangsprüfungen	115
d) Medizin als negatives Musterbeispiel	119
4. Hochschulzugang ohne Reifezeugnis	120
a) Entwertung des Abiturs?	121
b) „Aufstieg durch Bildung“	125
c) Widersprüchliches Handeln	126
5. Studiengebühren	127
a) Abschaffung als Teil der Bildungsexpansion	128
b) Versuche der Wiedereinführung	128
aa) Strafgebühr	129
bb) Einschreib- bzw. Rückmeldegebühr	131
cc) Überraschende Initiative	132
dd) Vorstoß der HRK und Reaktionen	132
c) Das latente Problem	140
6. Ausbildungsförderung	141
a) Vom Honnefer Modell zum BaföG	141
b) Anpassungen	144
aa) Darlehnsformen	144
bb) Bestandsaufnahme	148
cc) Modelle	153
dd) Lösungsversuche	159
ee) Kleine BaföG-Reform	164
ff) Weitere Versuche	167
7. Organisation des Studiums	170
a) Versuche zur Studienzeitverkürzung	170
aa) „Entrümpelung“	182
bb) Freischuss	184

cc) Zwangsmittel	185
dd) Kurzstudium	187
ee) Konsekutive Studiengänge	193
(1) Anglo-amerikanisches System?	193
(2) Ausbau der Fachhochschulen	197
(3) Übergänge	198
b) Bachelor/Master	200
8. Akademikerbedarf	205
a) Prognosen	205
b) Akademikerwahn	209
c) Kontraproduktives Verhalten	210
9. Weiterbildung	211
IV. Das Verhältnis von Staat und Hochschulen	212
1. Finanzierung	212
2. Autonomie	218
3. Flexibilisierung/Globalhaushalt	226
4. Deregulierung und Föderalismus	235
V. Wettbewerb	240
1. Interner Wettbewerb	240
a) Personalstruktur/Nachwuchsförderung	240
aa) Assistenzprofessur	242
bb) Hilfskonstruktionen	245
cc) Habilitation	246
dd) Unvollkommene Folgenbeseitigung	249
b) Vergütungssystem	251
aa) Leistungsorientierte Besoldung	252
bb) Lösungsversuche	259
cc) Derzeitiger (Zwischen-)Stand	262
c) Mittelverteilung und Verwendung	263
d) Evaluation der Lehre und Qualitätssicherung	267
2. Externe Konkurrenz	270
a) Ranking	274
aa) Kriterien	275
bb) Gewichtung	277
cc) Falsche Signale	278
dd) Entscheidungsgrundlagen	279
b) Exzellenzinitiative	281
aa) Auswahlverfahren	282
(1) Sieger der 1. Runde	282
(2) Blankoscheck	283
(3) Ländergefälle	284

(4) Die 2. Runde	285
bb) „Nebenwirkungen“	288
(1) „Trittbrettfahrer“	288
(2) Das böse Erwachen	289
cc) Der „Rest“	289
(1) Sortierung	291
(2) Verdeckte Absicht: Fehlerbereinigung	293
dd) Fortführung des Programms	295
(1) Position des Wissenschaftsrats	295
(2) Die Imboden-Kommission	296
(3) Die Entscheidung	297
c) Private Hochschulen	299
aa) Beispiele	300
(1) Laufende Vorhaben	300
(2) Gescheiterte Versuche	304
bb) Modellcharakter?	305
cc) Eliteschmieden?	311
dd) Konzentration?	316
VI. Struktur des tertiären Bereichs	317
1. Hochschularten neben Universitäten	317
a) Gesamthochschule	317
b) Fachhochschulen	322
aa) Ursprünglicher Auftrag	322
bb) Streben nach Gleichwertigkeit mit Universitäten	324
cc) Fehlsteuerungen	330
c) Berufsakademien	332
d) Pädagogische Hochschulen	335
e) Ressorthochschulen	336
2. Strukturreformen	337
C. Ergebnis: Perspektive	341
I. Universität der Zukunft	341
II. Hierarchisierung	342
III. Anfälligkeit für Reformen	344
Literatur- und Quellenverzeichnis	346
Personenverzeichnis	365
Stichwortverzeichnis	368

Abkürzungsverzeichnis

(nicht aufgenommen sind gängige, allgemein bekannte Abkürzungen und Erklärungen von Abkürzungen im Text)

a.a.O.	am angegebenen Ort
APO	Außerparlamentarische Opposition
ASTA	Allgemeiner Studentenausschuss
BA	Berufsakademie
B. A.	Bachelor of Arts
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz
BAK	Bundesassistentenkonferenz
Bd.	Band
BDA	Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BerlHG	Berliner Hochschulgesetz
BFW	Bund Freiheit der Wissenschaft
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BLK	Bund/Länder-Kommission
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
CHE	Centrum für Hochschulentwicklung GmbH (Gütersloh)
CV	Cartellverband der katholischen Studentenverbindungen
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHV	Deutscher Hochschulverband
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DSW	Deutsches Studentenwerk
DUZ	Deutsche Universitätszeitung
DZHW	Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung
e.V.	eingetragener Verein
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FH	Fachhochschule
Fn.	Fußnote
FR	Frankfurter Rundschau
fzs	freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GWK	Gemeinsame Wissenschaftskommission
HambHG	Hamburgisches Hochschulgesetz

HB	Handelsblatt
HIS	Hochschul-Informations-System (Hannover)
HRG	Hochschulrahmengesetz
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HRK	Hochschulrektorenkonferenz (seit 5.11.90 anstelle von WRK)
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufs-Forschung der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg)
i. d. F.	in der Fassung
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des Ministeriums für Staatssicherheit)
i. V.m.	in Verbindung mit
JUSO	Jungsozialisten
KMK	Kultusministerkonferenz
LHG	Landeshochschulgesetz
LHO	Landeshaushaltsordnung
MittAB	Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
MittHV	Mitteilungen des Hochschulverbands
MPI	Max-Planck-Institut für Bildungsforschung
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n.c./N.C.	numerus clausus
No./Nr.	Nummer
o. ä.	oder ähnliches
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
Phys. Bl.	Physikalische Blätter
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring christlich demokratischer Studenten
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SfH	Stiftung für Hochschulzulassung
Stasi	Staatssicherheit
StZ	Stuttgarter Zeitung
SZ	Süddeutsche Zeitung
UGBW	Universitätsgesetz Baden-Württemberg
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
vgl.	vergleiche
VOP	Verwaltung, Organisation, Personal: Die Zeitschrift für erfolgreiches Verwaltungsmanagement
WamS	Welt am Sonntag
WG	Wohngemeinschaft
WHU	Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung
WissR	Wissenschaftsrecht
WR	Wissenschaftsrat
WRK	Westdeutsche Rektorenkonferenz (seit 5.11.90 HRK)
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Zit.	Zitat
zit.	zitiert
ZVS	Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (Dortmund)

A. Zur Entwicklung des Hochschulwesens in Deutschland

I. Die Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg

Bereits im Herbst 1945 wurden an einigen Universitäten wieder Lehrveranstaltungen durchgeführt. Das Bild wurde bestimmt durch die zurückgekehrten Kriegsteilnehmer, die Flüchtlinge aus dem Osten und die allgemeine schlechte materielle Lage mit dem Existenzkampf zum Überleben. Die Studentenzahlen an den Universitäten in den drei westlichen Besatzungszonen überstiegen schon bis 1948 die Zahlen in der Weimarer Republik (100.000). Die Ausrichtung der Universitäten folgte Vorstellungen der Zeit vor dem Nationalsozialismus und knüpfte bewusst an die klassische Universität an. Dies geschah nicht zuletzt deshalb, weil die Alliierten sich nicht auf einen gemeinsamen Plan zur Re-Education einigen konnten¹. Da viele der jüngeren Professoren als politisch belastet entlassen wurden², hielten vor allem ältere Kollegen den Betrieb aufrecht, viele bereits vor 1933 tätig, von denen manche aus politischen oder rassistischen Gründen zwischenzeitlich aus dem Hochschuldienst entfernt worden waren³. Sie orientierten sich an ihren Erfahrungen aus jener Zeit und an den Prinzipien der Humboldtschen Idee der Universität⁴. Diese war Ausdruck preußisch-protestantischer Kritik an einem mehr oder minder schulmäßigen Lehr- und Lernbetrieb im Zeitalter der Aufklärung gewesen. Sie wurde das prägende Vorbild für alle deutschen Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert. Die Idee der Universität bedeutet den Übergang von der *doctrina* zur Forschung oder, wie Wilhelm v. Humboldt es selber definiert hat: den Übergang zur „Wissenschaft, die noch nicht ganz gefunden ist“. Als mit der Universität zutiefst verbunden wurde begriffen: „an Forschung teilzunehmen“. Das aber war nicht gleichgesetzt mit der Vorbereitung für einen Beruf, in dem Wissenschaft zur Anwendung gelangte, sondern meinte allgemein „Bildung“⁵. Grundwerte dieser Universitätsidee waren die Freiheit der Studiengestaltung und die „Einsamkeit der forschenden Arbeit“. Es galt als selbstverständlich, diese Werte als Vorbildung für Berufe fruchtbar zu machen, aber nicht in der Weise, dass die Universität ausgerichtet sein sollte als „Berufs-

¹ *Burtscheidt*, Humboldts falsche Erben, S. 65 mit weiteren Nachweisen; *Klein*, Christine-Irene, in: Brandt, S. 10 Fn. 11.

² *Ritter*, Über Deutschland, S. 35.

³ So hatten die Briten Namenslisten von wieder einzusetzenden Professoren verfügbar (*Ruegg*, Bd. 4, S. 83).

⁴ *Jarausch*, Das Humboldt-Syndrom, S. 61.

⁵ *Gadamer*, Die Idee der Universität, S. 2f.

schule“, die nur den Fachmann hervorbringt. Ausbildung für Berufe hat fraglos auch die klassische Universität betrieben. Doch galt ihr dies nur als Teilaspekt, im Extremfall als Nebenprodukt der eigentlichen wissenschaftlichen Bemühungen⁶.

Die deutschen Universitäten galten als Muster und Beispiel für ihre hervorragenden akademischen Leistungen, ihre Autonomie, trotz der Finanzierung durch den Staat, ihren elitären Charakter und die herausragende Position und Macht der auf Lebenszeit berufenen Professoren, der Ordinarien. Zusammenfassend beschreibt Hans-Peter Schwarz die Situation⁷: „Jede Disziplin bewegte sich in die Nachkriegswelt in der Mitte des letzten Jahrhunderts mit jener Vielfalt der Ansätze, Methoden, Doktrinen hinein, die sich weitgehend in der Zeit vor dem „Dritten Reich“ gebildet hatten. Neben der Vielfalt in den Fächern wirkte im Umkreis der einzelnen Lehrstühle das durchaus noch erfolgreiche Bestreben der Ordinarien, ihre Studenten im Sinn der wissenschaftlichen Auffassungen zu prägen, die sie für die allein angemessenen hielten. Tatsächlich gelang es ihnen vielfach, durch ihre Vorlesungen, Seminare und Veröffentlichungen jene Studenten nachhaltig zu beeinflussen, die sich auf das Studium bei ihnen einließen oder einlassen mussten. Die Strenge war meist größer als die Liberalität; aber es gab beides. Vielen war schon damals bewusst, dass die Institutionen und die geistigen Grundlagen der deutschen Universität auf schwankendem Boden standen.“ Stimmen, dass die Ausrichtung an der Zeit vor 1933 zu eng sei, gab es bereits zu Beginn. So äußerte sich Karl Jaspers in seinem berühmt gewordenen Vortrag „Erneuerung der Universität“ schon im August 1945 in Heidelberg, dass es um nichts weniger gehen müsse als um eine „Erneuerung“, einen Neubeginn, der kein „einfaches Anknüpfen an den Zustand vor 1933“ sein könne⁸. In den folgenden Jahren erschienen eine Reihe von Gutachten und Vorschlägen zur Organisationsreform, die alle nicht umgesetzt wurden⁹.

Repräsentanten der Universitäten betonten bis in die 1960er Jahre und gelegentlich auch noch später, dass Wissenschaft ihren Zweck allein in sich selbst trage, insbesondere in Gestalt der nur der reinen Erkenntnissuche verpflichteten Grundlagenforschung. Soweit es Reaktionen auf die ideologische und machtpolitische Indienstnahme der Wissenschaft während des „Dritten Reichs“ von 1933 bis 1945 und auf die Entwicklung in der DDR waren, erschien dies verständlich¹⁰. Während im sowjetischen Einflussgebiet Deutschlands das Bildungswesen dem „Aufbau des Sozialismus dienen“ sollte und bis zum Ende der DDR im Sinn des Klassenkampfes instrumentalisiert und zentral organisiert wurde, begannen die Deutschen in der Bundesrepublik, eine ihnen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus vertraute

⁶ *Schluchter*, Auf der Suche nach der verlorenen Einheit, S. 257, 265.

Der von *Bernd Henningsen* im Jahr 2007 herausgegebene Sammelband „Humboldts Zukunft“ enthält Darstellungen zur Idee der Humboldtschen Universität und ihrer Bedeutung in Gegenwart und Zukunft.

⁷ *Schwarz*, Die Ära Adenauer 1949–57, S. 417 f.

⁸ *Jaspers*, Erneuerung der Universität.

⁹ Näher *Burtscheidt*, S. 68 ff.

¹⁰ *Führ*, Deutsches Bildungswesen seit 1945, S. 14 ff.

Gesellschaft und deren Institutionen in ihren wesentlichen Zügen wieder zu errichten. Das Herkömmliche hatte seine Chance¹¹.

Die Jugendlichen der 50er Jahre zeichnete eine Absage an die Romantik, ein privater Personenbezug und eine Pseudo-Erwachsenheit aus¹². Für die spätere Entwicklung ist von Bedeutung, dass den Ländern für zwei Jahrzehnte in „Wiederaufnahme föderalistischer Traditionen“¹³ die Zuständigkeit für das Bildungswesen allein übertragen wurde. Eine gewisse Koordination erfolgte bei den Universitäten durch die 1948 gegründete Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) und unter den Ländern durch die Kultusministerkonferenz (KMK). Die Beschlüsse dieser 1949 geschaffenen Arbeitsgemeinschaft der Länder hatte allerdings nur Empfehlungscharakter. Der Bund erhielt erst 1969 begrenzte Kompetenzen, zu einer Zeit, als die öffentliche Debatte um die Universitäten längst eingesetzt hatte. 37 Jahre später, im Jahr 2006, sind im Zuge der sog. Föderalismusreform die Befugnisse der Länder wieder gestärkt und der Bund fast völlig aus der Zuständigkeit für die Hochschulen entlassen worden. Inzwischen ist auch diese Reform reformiert worden¹⁴.

II. Die „goldenen“ Fünfzigerjahre

In den ersten eineinhalb Jahrzehnten nach Ende des Krieges sind noch einmal drei Generationen im Geist der alten deutschen Universität geformt worden: Einmal die Studierenden der ersten Nachkriegsgeneration. Sie hatten am Krieg teilgenommen oder den Krieg unmittelbar miterlebt, ebenso wie den Zusammenbruch der Weltanschauung, in der sie erzogen worden waren. Teilweise befanden sie sich bereits weit in den Zwanzigern, zeigten eine bemerkenswerte geistige Aufgeschlossenheit, einen ausgesprochenen Gestaltungswillen und strebten nach schneller beruflicher Sicherung. Nachdem diese Studentengeneration die Universitäten verlassen hatte, folgten diejenigen, die zwar unter der nationalsozialistischen Herrschaft aufgewachsen waren, ihre Hochschulreife aber erst später erworben hatten. Sie suchten nach neuer Orientierung. Schließlich kam die darauf folgende Generation an die Hochschulen, noch Kinder in der Nachkriegszeit und während des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Sie sahen das Studium vor allem als Basis für die spätere berufliche Tätigkeit¹⁵.

Die Ausbildung in den überkommenen Formen war allerdings nur deshalb möglich, weil die Zahl der Studenten überschaubar blieb, wenngleich sich auch zu jener Zeit das Massenphänomen bereits abzeichnete. Überfüllte Hörsäle und ein zu

¹¹ Ellwein, Die deutsche Universität vom Mittelalter bis zur Gegenwart, S. 239.

¹² Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970, S. 223.

¹³ Führ, Bildungswesen, S. 2.

¹⁴ s. u. B. IV. 4.

¹⁵ Kleifeld, Wende zum Geist, S. 59.